



Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
Innereutschen Bezugspreis monatlich 1.60 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Druckerei: Enztaldruckerei & Co., Wildbad; Druckerei: Oberbayerische Druckerei &
Anzeigerpreis: Im Einzelheft die einseitige 45 mm breite Millimeterzeile 3 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenangebote
3 Pf.; im Zeitteil die 90 mm breite Millimeterzeile 15 Pf. — Rabatt nach vorerwähntem Tarif. — Inhalt der Anzeigenannahme
täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontostellen oder wenn geschickt) Bezahlung notwendig wird, fällt jede Nachzahlung weg.
Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 36, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Reichsarbeitsgemeinschaft für Volksernährung

Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Volksernährung im Reichsministerium des Innern u. des Reichsgesundheitsamts
Von Prof. Dr. med. Hans Reiter,
Präsident des Reichsgesundheitsamts.

Die Reichszentrale für Gesundheitsführung beim Reichsministerium des Innern besteht aus 11
verschiedenen Reichsarbeitsgemeinschaften, die sich den gesamten Inhalt der Reichsgesundheitsführung annehmen.
Alle Ernährungsfragen werden in der Reichsarbeitsgemeinschaft für Volksernährung bearbeitet.
Das Ziel dieser Arbeit liegt in Erreichung der besten Ernährung der gesunden deutschen Bevölkerung sowie der
rationalen Ernährung von Kranken und Genesenden unter besonderer Einstellung auf die praktische Bewertung dieser
Erfahrungen. Mit dieser Organisation innerhalb des Reichsministeriums des Innern nimmt der Staat selbst zum
ersten Mal die für die gesamte Bevölkerung wichtigen Ernährungsfragen in die Hand.

Das Reichsgesundheitsamt ist in der Arbeitsgemeinschaft maßgebend vertreten, so daß durch diese
Verbindung von vornherein eine Gewähr gegeben ist, die Ergebnisse der Ernährungswissenschaft zur genügenden
Berücksichtigung zu bringen. Als Führer der Reichsarbeitsgemeinschaft darf die Reichsregierung selbst gelten, die
Leitung der beiden wesentlichen Arbeitsrichtungen liegt in den Händen der Professoren Reiter und Schlager.

Professor Reiter, der die Abteilung für die allgemeine Volksernährung leitet, bietet auf Grund seiner Vergangenheit
die Gewähr einer streng wissenschaftlichen Einstellung dieser Abteilung der Arbeitsgemeinschaft, wobei sowohl die
Gewinnung der Nahrungsmittel durch Züchtung mit der deutschen Landwirtschaft, wie ihr Verbrauch im Verein mit der
deutschen Volksernährung berücksichtigt wird. Eine strenge Zusammenfassung sorgt dafür, daß Gefährdungen der
gemeinsamen Richtlinien vermieden werden und Sonderinteressen dieser oder jener Gruppen von vornherein ausgeschaltet sind.

Die Fragen der allgemeinen Nahrungsbeschaffung weisen breite Verbindungslinien zur Landwirtschaft: Prüfungen
von Getreidefrüchten, Gemüse, Salat, Obst, zwar angepaßt an die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse, aber auch
gerichtet auf das Fernziel, möglichst sämtliche Nahrungsmittel, die das Deutsche Volk benötigt, innerhalb der Reichs-
grenzen zu beschaffen. Hier bietet sich in Verbindung mit dem Ernährungsministerium ein völlig neues Arbeitsfeld.

Für alle Fragen, die eine besondere wissenschaftliche Bearbeitung erfordern, steht den Mitgliedern der Reichsarbeits-
gemeinschaft, die sich aus den verschiedensten Richtungen des deutschen Ernährungsstandes rekrutieren, das
Reichsgesundheitsamt als ständiger unbefehlbarer Ratgeber zur Seite.

Neben einer Prüfung neuzeitlicher Grundsätze der deutschen Ernährungswissenschaft, Untersuchungen der biologischen
Wertigkeit der Nahrungsmittel und der allgemeinen sowie besonderen Pflege der Nahrungsmittel selbst, wird deren
Verwendung in Massenpeisungen unter laufende Beobachtung gestellt.

So erfolgen Prüfungen über die gesundheitliche Bedeutung des Transportes von Nahrungsmitteln und deren
Verzehrung unter der Bevölkerung. Die verschiedenartigsten Methoden der Konservierung werden einer ständigen Kontrolle
unterworfen und dauernd wird versucht, weitere Verbesserungen zu finden, die die Nährstoffe möglichst unbeeinträchtigt
lassen, aber doch deren Haltbarkeit gewährleisten. Ein Teil der Arbeit gilt der Abwehr von Verfälschungen und der
Verhütung von Nahrungsmittelentwertungen.

Es erscheint angebracht, aus diesen sich heute ganz im Fluß befindlichen Strömungen des deutschen Ernährungs-
wissens feste Grundlagen für die Bearbeitung besonderer wissenschaftlicher Probleme zu schaffen, dabei würde dem
Reichsgesundheitsamt mehr die Klärung theoretischer, aber letzten Endes doch zur Praxis führender Fragen überlassen
bleiben, während andere Institute und Krankenanstalten für die notwendige praktische Prüfung zur Verfügung stün-
den.

In enger Verbindung mit dem Reichsgesundheitsamt wurde bereits das Problem der Kartoffelbeimengung und
der Magermilchverwertung im Brot einer Prüfung unterzogen. Mit ihm kam die Reichsarbeitsgemeinschaft zu der
Auffassung, daß für ihre Entscheidungen lediglich gesundheitspolitische Überlegungen ausschlaggebend sein dürfen.
Diese geben dem Ministerium eine objektive Grundlage für seine Entscheidungen, die es unter Berücksichtigung von innen-,
eventuell sogar außenpolitische Überlegungen zu treffen hat.

Ein besonderes Arbeitsgebiet bietet die Untersuchung der deutschen Ernährungsreformbestrebungen. Scheinbar un-
überwindliche Schwierigkeiten wurden binnen kürzester Zeit behoben und es darf bereits gesagt werden, daß die Reform-

Tagespiegel.

In Wien hat das Kabinett Dollfuß die Ausrufung des
Völkerbundes in dem deutsch-österreichischen Konflikt be-
schlossen.

Daß sich die Dinge in Oesterreich zuspitzen, geht aus Reden
der Heimatswehrführer in Innsbruck gegen Dollfuß hervor,
ebenso aus Krawallen im Salzburgerischen aus Unlaf von
Geiselerhaftungen.

Infolge der Abhebung des Pariser Polizeipräsidenten
Chiappe kam es in Paris zu bedrohlichen Ruhestörungen
und Spannungen, die die neue Regierung veranlaßten, zwei
Divisionen marschbereit zu halten — ein böser Ausruf für
die Kammerführung am Dienstag, wo Daladier sein Kabinett
vorstellen wird.

In Belgrad wird nun der Balkanpakt veröffentlicht, der
die vier Balkanstaaten ohne Bulgarien umfaßt.

Der bisherige Führer des Koffhändlerbundes, General von
Horn, ist in Berlin nach einer Operation gestorben.

Bewegung mit bestem Willen ihre Mitarbeit innerhalb der
Reichsarbeitsgemeinschaft zur Verfügung gestellt hat. Sie ist bereit, alle bestehenden Mifstände sobald
als möglich zu beseitigen und die Reichsarbeitsgemeinschaft
wird dann das Wortvolle der Reformbewegung ohne Bedenken
in ihr Wirkungsfeld einfügen können. Ein aus der
Reichsarbeitsgemeinschaft und Sachverständigen des Reichs-
gesundheitsamts zusammengesetzter ständiger Ausschuf hat
bereits in wiederholten Sitzungen begonnen, praktische
Arbeit zu leisten und so dürfte das, was heute noch an der
Reformbewegung seitens der Wissenschaft zu beanstanden
ist, in Kürze verschwinden. Insbesondere wird dieser
Ausschuf das zum Teil noch fränke Propagandawesen in engerer
Zusammenarbeit mit dem Reichsministerium für Volksauf-
klärung und Propaganda (Referat Volksgeundheit) einer
ständigen Kontrolle unterziehen und dort, wo versucht wer-
den sollte, eine gesunde Entwicklung zu fördern, durch
Maßnahmen der Regierung rücksichtslos vorgehen.

Die unter Professor Schlager stehende 2. Abteilung hat
die Aufgabe, klinisch diätetische Richtlinien für Kranke und
Genesende festzulegen und auszubauen. Sie umfaßt daher
die spezielle Ernährung am Krankenbett, im Krankenhaus,
in den Bade- und Kurorten. Sowohl der Verein Deutscher
Diätetikerinnen an Kliniken und Krankenhäusern wie die
Vereinigung ehemaliger Diätetikerschülerinnen haben Sitz-
e in dieser Abteilung. Unter anderem ist es auch ihre Auf-
gabe, einheitliche Richtlinien für die Auslese und Ausbil-
dung aller Arbeitskräfte festzulegen, die für die Ernäh-
rungsweise der Kranken und Genesenden die praktische
Verantwortung tragen sollen.

Für die Verbreitung der innerhalb der Reichsarbeits-
gemeinschaft oder der zugehörigen Ausschüsse geleisteten
Arbeit und der mittels dieser gewonnenen Erkenntnisse wird
ein seitens der Reichsarbeitsgemeinschaft und in Verbin-
dung mit dem Reichsgesundheitsamt einzurichtendes
Presseorgan sorgen, das die Aufgabe hat, die neuartigen
Ergebnisse auf dem Gebiete der Ernährung in alle die Kreise
zu tragen, die leitend direkt oder indirekt mit der Ernährung
des Deutschen Volkes zu tun haben. Neben einer Berichter-
stattung über die allgemeine Volksernährung wird dabei die
Vermittlung einer lediglich für Kranke und Genesende vor-
zuziehenden Sonderdiät eine eigene Abteilung bilden.

Außerdem erweist sich als dringend wünschenswert, die
Erkenntnisse, die eine Bedeutung für die Ernährung des
gesamten Volkes besitzen, in einer leicht verständlichen Form
einem größeren Leserkreis zuzuführen. Die Einrichtung einer
volkstümlich gehaltenen Zeitschrift, deren Richtlinien
gegenwärtig noch festgesetzt werden, ist zur Erfüllung dieser
Aufgabe vorgesehen.

So haben wir wohl die Berechtigung, in einer zweckmäßigen
Gemeinschaftsleistung der Reichsarbeitsgemeinschaft und
des Reichsgesundheitsamts die glückliche Voraussetzung zum
weiteren Ausbau sowohl der wissenschaftlichen wie der
praktischen Seite des deutschen Ernährungsproblems erblicken zu
dürfen!

Die Angestellten-Verbände verschwinden

NSK Berlin, 5. Febr. Durch die Neuorganisation innerhalb
der Deutschen Arbeitsfront, die in der vorigen Woche durch den
Führer der DAF, Pg. Dr. Leh, bekanntgegeben worden ist, hat
sich als notwendig erwiesen, auch innerhalb der Angestellten-
schaft eine organisatorische Neuordnung zu vollziehen.

Nach vorhergehender Rücksprache des Führer der Deutschen
Angestellten, Pg. Dr. Forster, mit dem Führer der Deutschen Arbeits-
front, Pg. Dr. Leh, fand in diesen Tagen im Hause des Ge-
samtverbandes der Deutschen Angestellten in Berlin, in An-
wesenheit des Organisationsleiters der Deutschen Arbeitsfront,
Pg. Selzner, und sämtlicher Verbandsleiter der Angestellten
unter dem Vorsitz des Pg. Forster eine Besprechung statt, in der

das Grundfäßliche über die Neuorganisation der Angestellten-
verbände zum Ausdruck gebracht wurde.

Sämtliche Verbandsleiter erstatteten zunächst einen Bericht
über ihre Tätigkeit in den Verbänden auf finanziellem, organi-
satorischem, berufsbildnerischem und weltanschaulichem Gebiet.
Aus den Berichten war zu ersehen, daß die Arbeit, die in den
abgelaufenen neun Monaten in den Angestelltenverbänden ge-
leistet worden ist, als zufriedenstellend angesehen werden kann.
Zwei Millionen Mitglieder werden heute allein vom Gesamt-
verband betreut. Nach diesen Berichten erläuterte Pg. Selzner
noch einmal den Sinn und Zweck der Neuordnung der Deutschen
Arbeitsfront. Er wies besonders darauf hin, daß, um die sach-
liche Ausbildung einzelner Berufsgruppen zu gewährleisten, den
Organisationen der Angestellten das Weiterbestehen zugebilligt
wurde. Der Führer der Deutschen Angestellten, Staatsrat Pg.
Forster, Gauleiter in Danzig, dankte dem Pg. Selzner und gab
in großen Zügen die Richtlinien für die Neuorganisation der
Angestelltenverbände bekannt. Diese Neuordnung besteht darin,
daß die bisher bestehenden neun selbständigen Angestelltenver-
bände verschwinden und an ihre Stelle die Deutsche Angestellten-
schaft tritt, die alle Deutschen Angestellten umfaßt.

Die berufliche Aus- und Weiterbildung wird gewährleistet
durch neu zu gründende Berufsgemeinschaften, z. B. der Kauf-
mannsgehilfen, der Techniker, der Werkmeister usw., innerhalb
der Deutschen Angestelltenchaft. Der Führer der Deutschen
Arbeitsfront hat den Pg. Forster auch für die deutsche Angestellten-
schaft zum Führer ausgerufen, der von sich aus den Pg. August
Haib als seinen Stellvertreter benannte. Die Verwaltung dieser
Deutschen Angestelltenchaft liegt in Händen alter, bewährter
Nationalsozialisten.

Verordnungen und Erlasse

zum Neuaufbau des Reichs

Berlin, 5. Febr. In einer Verordnung auf Grund des Art. 1
des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs bestimmt der
Reichsminister, daß die Wahrnehmung der Hoheitsrechte, die von
den Ländern auf das Reich übergegangen sind, den Landesbehör-
den zur Ausübung im Auftrag und im Namen des Reichs in-
soweit übertragen wird, als das Reich nicht allgemein oder im
Einzelfall von diesen Rechten Gebrauch macht. Die von den
Ländern untereinander oder mit dem Reich geschlossenen Ver-
träge und Verwaltungsabkommen werden durch den Übergang
der Hoheitsrechte der Länder auf das Reich nicht berührt. Die
Landesgesetze bedürfen der Zustimmung des zuständigen Reichs-
ministers. Die obersten Landesbehörden haben im Rahmen ihres
Aufgabenbereiches den Anordnungen der zuständigen Reichs-
minister zu folgen. Landesbeamte können in den Reichsdienst,
Reichsbeamte in den Landesdienst versetzt werden.

In einem Erlaß vom 3. Februar 1934 überträgt der Reichs-
präsident mit sofortiger Wirkung die Ausübung der ihm auf
Grund des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs zustehenden
Rechte zur Ernennung und Entlassung der unmittelbaren Lan-
desbeamten für Preußen dem Reichslanzler und der Landes-
regierung, für die übrigen Länder den Reichsstatthaltern und den
Landesregierungen. In einem zweiten Erlaß des Reichspräsi-
dents heißt es u. a.: Nach Artikel 2 des Gesetzes über den Neuauf-
bau des Reichs sind die Hoheitsrechte der Länder und damit das
Benehmenrecht auf das Reich übergegangen. Soweit das Be-
nehmenrecht bisher den Ländern zustand, übe ich es in Zu-
kunft aus wegen aller strafbaren Handlungen, die Soldaten und
Wehrmachtbeamte während ihrer Zugehörigkeit zur alten oder
neuen Wehrmacht begangen haben in den Einzelfällen, in denen
ich mir die Entscheidung ausdrücklich vorbehalte. Im übrigen
übertrage ich die Ausübung für Preußen auf den Reichslanzler,
für die übrigen Länder auf die Reichsstatthalter.

Rundgebungen gegen Daladier

Militär in Bereitschaft

Paris, 5. Febr. Die Spannung in Paris ist fast bis zum Stöbe-
punkt gestiegen. Nicht nur die rechtsstehenden Verbände fordern
ihre Anhänger auf, gegen die Regierung zu manifestieren, son-
dern auch die Kommunisten scheinen sich zu rufen. Die Sozialisten
ihresseits haben eine Art Alarmbereitschaft eingerichtet. Die
„Action Francaise“ hat die Parole ausgegeben, sich für einen
neuen Schlag gegen das Regime bereitzuhalten.

Angesichts dieser von den verschiedenen politischen Richtungen
angekündigten Kundgebungen hat die Regierung es für notwen-
dig gehalten, Vorkehrungen zu treffen. Einige Blätter berichten,
daß nicht nur die Pariser Polizei und Garnison zum Einschreiten
bereitschaften, sondern daß auch verschiedene Garnisonen in der
Nähe von Paris Befehl erhalten haben, sich marschbereit zu hal-
ten. „Le Jour“ meldet, daß Tanks aus Combiegne nach Paris
unterwegs seien und daß man insgesamt zwei Divisionen bei den
um Paris liegenden Garnisonen angefordert habe.

Wie die rechtsstehende „Liberte“ berichtet, soll der sogenannte
Plan zur Verhinderung von Unruhen, der vor vier Jahren auf

Veranlassung des jetzt abgeleiteten Polizeipräsidenten Chiappe ausgeübt wurde, zur Anwendung kommen. Er sehe den Alarmzustand für die gesamte Garnison von Paris vor. Paris werde in verschiedene Abschnitte aufgeteilt, die unter dem Befehl je eines Obersten gestellt würden. Die Truppen würden in der Nähe der wichtigsten strategischen Punkte in Bereitschaft gehalten. Die republikanische Garde werde für den Wachdienst durch Infanterie verstärkt werden.

Am Sonntag kam es auf den großen Pariser Boulevards in der Nähe der Oper wieder zu Kundgebungen der Anhänger der Action Française. Es hatten sich etwa 2000 Demonstranten eingefunden, die immer wieder Rufe gegen das Kabinett Daladier ausbrachten. Die Hauptursache scheint die Abfertigung des Pariser Polizeipräsidenten Chiappe zu sein, weil man in rechtsstehenden Kreisen einen Sieg der Sozialisten erblickt, die seit langem den Rücktritt des Polizeipräsidenten gefordert haben. Unter Absingen sozialistischer Lieder gingen die Demonstranten verschiedentlich auf die Polizei los. Rufe wie „Es lebe Chiappe!“ und „Nieder mit dem Ministerium Daladier!“ wechselten sich ab.

Inhalt des Balkanpaktes

Gegenseitige Garantie des Bestandes

Ueber den Inhalt des am Sonntag paraphierten Balkanpaktes berichten die Blätter, daß sich bei den Verhandlungen jene Aufstellung vollständig durchgesetzt habe, die eine weitgehende gegenseitige Garantie der Grenzen gegenüber Bulgarien, aber auch gegenüber allen anderen Staaten fordert.

Die halbamtliche „Wreme“ erklärt, daß Südslawien, Rumänien, Griechenland und die Türkei die gegenseitige Garantie für ihren politischen und territorialen Status quo übernommen und sich darüber hinaus zu völliger Solidarität in allen wirtschafts- und handelspolitischen Fragen verpflichtet hätten, die für die vier Länder von Belang seien. Die politischen Folgen dieses Abkommens seien bedeutend. Die Unterzeichnermächte brauchten von nun an nicht mehr für ihre Sicherheit zu fürchten, weil sie mit vereinten Kräften ihre Interessen verteidigen würden. Sie stellten nunmehr auch gebietsmäßig eine Einheit dar, die sich gegen jeden Angriff, komme er von welcher Seite immer, zur Wehr setzen dürfte. Bulgarien könne dem Pakt beitreten, wenn es glaube, daß es seine Pflicht sei, an der Befriedigung des Balkans mitzuarbeiten. Auch die „Politika“ teilt mit, daß die vier Mächte alle Garantien übernommen hätten, um sich ihren gegenseitigen Bestehen zu verbürgen. Das Blatt fragt, welchen Standpunkt Bulgarien gegenüber dem Pakt einnehmen werde. Walle Sofia auch weiter „im Kielwasser fremder Intriguen“ schwimmen, oder wolle es sich vor vollendeten Tatsachen beugen und sich zu seinen Nachbarn gesellen? Die Politik des Zauderns sei für Bulgarien fruchtlos; nur der Beitritt zum Balkanpakt stelle die rettende Lösung dar.

Polens Außenpolitik

Erklärungen des Außenministers Bed

Warschau, 5. Febr. Außenminister Bed erwiderte am Montag im Außenanschuß des Senats den mit Spannung erwarteten Bericht über die Außenpolitik Polens. Ueber das Verhältnis Polens zu Genf erklärte der Minister, Polen nehme an den Arbeiten des Völkerbundes auch weiterhin teil, obgleich schon der zweite seiner größeren Nachbarn heute außerhalb des Völkerbundes stehe. Ueber eine etwaige Reform des Völkerbundes werde zwar viel gesprochen, aber bislang fehle es noch an einem greifbaren Entwurf hierfür. Eine zweite Frage sei die Abrüstungskonferenz und deren bisheriges betrübliches Schicksal. Bed erwähnte hierbei die beiden neuen, seiner Meinung nach sehr beachtlichen Vorschläge, die in den Abrüstungsdenkschriften Englands und Italiens enthalten seien. Das Abrüstungsproblem berühre die wichtigsten Fragen der Sicherheit. Die unmittelbare Festigung der Sicherheit an der östlichen Grenze Polens durch den Nichtangriffsovertrag mit Sowjetrußland sei etwas positives, das durch das weitere Abkommen über den Begriff des Angreifers ergänzt worden sei. Die polnische Regierung lege großen Wert auf die Weiterentwicklung der guten Beziehungen mit der Sowjetregierung.

Ueber das Verhältnis zu Deutschland sagte der Minister: „Das vergangene Jahr zeichnete sich durch eine radikale Wendung in den Beziehungen zu unseren westlichen Nachbarn aus. Als die

Regierung des Reichkanzlers Hitler zur Macht kam, hat die Meinung in Europa allgemein die Notwendigkeit einer Verschärfung der deutsch-polnischen Beziehungen als Folge dieser Tatsache erblicken wollen. Unsere Regierung hat diese Meinung nicht geteilt. Bei der ersten Fühlungnahme mit dem Reichkanzler und seiner Regierung haben wir eine klare und mutige Sprache in der Behandlung unserer Beziehungen gefunden. Diese Art der Behandlung der Fragen, die vollends den Anschauungen unserer Regierungen entsprach, hat sofort die Grundlage für den Aufbau dauerhafter Formen eines gutnachbarlichen Verhältnisses geschaffen. Ein klar umrissener Gedanke gestattete auch, schnell den klaren Inhalt eines diplomatischen Dokumentes zu Papier zu bringen, das durch seine Kürze, ohne an juristischer Korrektheit einzubüßen, am besten die Tendenzen beider Regierungen charakterisiert. Es ist ein neues Dokument des Friedens entstanden, eine Erklärung über die Nichtanwendung der Gewalt, das durch seine Bedeutung über die gewöhnlichen Beziehungen hinausreicht. In dem Text haben wir jeweils der Uebersetzung Ausdruck verdankt, daß dies ein sehr wesentlicher Beitrag zur Sicherung des europäischen Friedens darstellt.“

Weiter stellte der Minister mit Befriedigung fest, daß die alten Bündnisse mit Frankreich und Rumänien die Probe durch die neuen Ereignisse überstanden hätten, was vor allem von dem ihnen zugrunde liegenden positiven Geist zeuge.

In bezug auf Danzig stellte der Minister mit Befriedigung fest, daß der bisherige Versuch, Streitigkeiten bei Prozessen durch gerichtliche und billige, für eine praktische Prüfung der Lage gestützte Abkommen aus der Welt zu schaffen, bereits günstige Ergebnisse gezeitigt habe. Er hege die Hoffnung, daß sich die Gedanken und Bestrebungen, die dem Abkommen vom August 1933 zugrunde lägen, zu einem dauerhaften System der Zusammenarbeit entwickeln würden.

Zuspitzung im Heimwehrkonflikt

Starhemberg droht den Christlich-Sozialen

Innsbruck, 5. Febr. Am Sonntag traf der Führer der österreichischen Heimwehren, Fürst Starhemberg, in Innsbruck ein. Mittags fand ein Appell der in der Landeshauptstadt aufgetretenen Heimwehrabteilungen statt, bei dem Dr. Steidle und Fürst Starhemberg Ansprachen hielten. Bemerkenswert in der Rede Starhembergs war die außerordentliche Schärfe, mit der er sich ausschließlich gegen die Führer der Christlich-Sozialen Partei wandte. Er erklärte, wenn der Ökonom der Christlich-Sozialen Partei, Abg. Egermair, in Oesterreich noch reden wolle, habe die Heimwehr in dieser Front nichts mehr zu suchen. Höhere Danksagung länger mit durchgreifenden Maßnahmen, dann würden die österreichischen Heimwehrleute bald nicht mehr hinter ihm stehen. Starhemberg forderte schließlich die Entfernung aller demokratischen Parteiführer aus dem jetzigen Regime.

Die Verhandlungen zwischen der Heimwehr und der Bundesregierung wegen der bekannten Forderungen sind noch nicht abgeschlossen, haben sich aber so zugeipicht, daß mit einem offenen Konflikt gerechnet werden muß. Im Laufe des Tages sind zahlreiche Papierbälle zur Explosion gebracht worden. Vier Nationalsozialisten wurden in das Konzentrationslager geschickt. In Reutte wurden wegen der Explosion von 13 Papierbällern sieben Nationalsozialisten in das Konzentrationslager eingeliefert.

Rußlands Wehrmacht

Moskau, 5. Febr. Die große Rede, die der Volkskommissar für Heer und Marine, Woroschiloff, am 30. Januar auf dem 17. Parteitag der russischen Kommunistischen Partei gehalten hat, wird jetzt veröffentlicht. Die Wehrmacht der Sowjetunion entspreche vollständig der Entwicklung des Landes. Wir haben, so betonte Woroschiloff, moderne Tanks in durchaus genügender Anzahl, wir haben eine ausreichende Artillerie, eine genügende Anzahl guter Flugmaschinengewehre und Maschinengewehre für die Abwehr von Luftangriffen. Wir haben jetzt eine mächtige chemische Industrie und keine schlechten Verbindungsmittel. Wir haben mächtige schwere Bombenflugzeuge geschaffen und im gesamten Flugzeugwesen Verbesserungen erzielt. Die Technisierung habe, so fuhr der Redner fort, der Roten Armee ein völlig verändertes Gesicht gegeben. Zur Verstärkung der Landesverteidigung seien befestigte Plätze eingerichtet worden, über die die Sowjetunion jetzt nicht nur an der Westgrenze vom Ladogasee bis zum Schwarzen Meer, sondern auch in den bedrohtesten Gegenden im Fernen Osten und in

Ostibirien verfüge. Die Gefahr eines Angriffes auf die russischen Küstengebiete habe die Sowjetunion gezwungen, zur Schaffung von Seestreitkräften auch im Fernen Osten zu schreiten.

Eingehend nahm der Volkskommissar dann zur Lage im Fernen Osten Stellung. Japan sei das erste Land, das versucht habe, sich mit Hilfe eines Krieges einen Ausweg aus der Krise zu schaffen. Es trete am Weltmarkt als Hauptkäufer der Kriegsrüstungen und Kriegsindustrie-Rohstoffe auf. Gleichzeitig sei die politische Vorbereitung Japans für einen Krieg, der ernster sei als der, den es in China führe, deutlich zu erkennen. Japan sei nicht nur der tatsächliche Herr in der Mandschurie geworden, es sei auch, sobald dies eingetreten sei, dazu übergegangen, die Sowjetinteressen an der Mandschurie zu schädigen. Der Schuß der Sowjetgrenzen und Städte sei den Japanern ein Dorn im Auge. Es wäre ihnen lieber, wenn die Sowjetgrenzen mit Mandschurie ebenso schußlos wären wie die Grenzen Chinas 1931. Die Kriegsvorbereitungen Japans erstreckten sich auf alle Gebiete. Die Mandschurie verwandle sich allmählich in den stärksten Stützpunkt Japans. Die Sowjetunion müsse dies alles mit Aufmerksamkeit verfolgen, die nötigen Maßnahmen treffen und auf alles gefaßt sein. In erster Linie müsse sich Rußland in seinen internationalen Beziehungen Mandchurienfreiheit sichern. Alle Staaten, die auf absehbare Zeit keinen Krieg führen wollten, gruppierten sich um Rußland. Nur der Ferne Osten sei mit Wolken bedeckt. Dort könne ein Kriegsgewitter ausbrechen. Der Krieg würde, wenn man ihn Rußland aufzwingt, ein großer und ernster Krieg sein.

Oesterreich will den Völkerbund anrufen

Wien, 5. Febr. Die österreichische Regierung hat am Montag nach mehr als fünfstündigen Beratungen beschlossen, dem Bundeskanzler Dollfuß die Ermächtigung für die einleitenden Schritte zur Anrufung des Völkerbundes in dem deutsch-österreichischen Konflikt zu erteilen.

Der Eindruck des Wiener Ministerratsbeschlusses

Genf, 5. Febr. In Völkerbundkreisen bestreitet man nicht, daß der Beschluß des österreichischen Ministerrates einem neuen Ausweichen vor einer sofortigen Entscheidung gleichkommt. Auf telefonische Anfrage wurde dem Völkerbundrat vom Bundeskanzleramt in Wien mitgeteilt, daß ein Schritt des Bundeskanzlers, zu dem dieser durch die Minister ermächtigt worden ist, nicht vor dem 8. Februar, also erst nach der Rückkehr des Bundeskanzlers von Budapest, erfolgen würde. In den nächsten Tagen soll dann eine entsprechende Note vorbereitet werden. Es erscheint demnach nicht ausgeschlossen, daß neue Schwierigkeiten entstehen, die weitere Verzögerungen bringen.

In deutschfeindlichen Kreisen Genfs macht sich eine gewisse Beunruhigung darüber bemerkbar, daß der österreichische Ministerat den Bundeskanzler nur ganz allgemein „ermächtigt“ hat, die beachtlichsten Schritte zu tun und daß diese wenig genaue Fassung vielleicht einen besonderen Sinn haben könnte.

Sir John Simon lehnt eine Erklärung über die österreichisch-deutschen Beziehungen ab

London, 5. Jan. Im Unterhaus erklärte Sir John Simon auf die Frage, ob die Politik der britischen Regierung für die Unabhängigkeit Oesterreichs eintreten werde, die Regierung verfolge die Entwicklung der Dinge in Oesterreich mit gespanntester Aufmerksamkeit. Die Haltung der britischen Regierung sei des Haupte von ihm bereits am 21. Dezember mitgeteilt worden. Die Frage Sir Austen Chamberlains, ob man das Haus nicht über den neuesten Stand der österreichisch-deutschen Beziehungen informieren könne, beantwortete Simon dahingehend, daß er im gegenwärtigen Augenblick nichts darüber sagen könne.

Gebt für die Winternothilfe!

verschwand . . . dann bestieg er seinen Fuchs, und „Hektor“ stürmte dem Stalle zu.

Als Willfried ankam, nahm in Gothe sofort in Beschlag. „Du . . . es ist Besuch da!“

„Wer?“

„Ein Herr Mario Patajki . . . ein Schauspieler! Hübscher Bursche . . . aber nicht mein Fall! Ganz der polnische Typ. Ich lasse mich berufen, er ist Pole.“

„Was er will . . . weißt du nicht?“

„Keine Ahnung! Aber . . . rein gefühlsmäßig geurteilt. . . er will nichts Gutes!“

Willfried begab sich sofort in das Jagdzimmer, in dem der Schauspieler auf ihn wartete.

Die beiden Männer sahen sich an.

„Sie wünschen mich zu sprechen, Herr Patajki?“

Willfried kühl. „Was führt Sie zu mir?“

„Ich komme wegen Katja!“

„Sie meinen wegen Fräulein von Waslewski?“

„Auch das! Ich kenne sie nur . . . für mich . . . als Katja!“

„Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, Herr, daß ich mit Fräulein von Waslewski verlobt bin.“

Der Schauspieler lächelte grausam.

„Noch . . . Herr von Kamerling . . . ich denke aber, wenn ich Ihnen über Katja von Waslewski die Augen geöffnet habe, dann . . .!“

Willfried unterbrach ihn.

„Genug, mein Herr! Sie kommen mir nicht ganz unerwartet. Katja hat mich auf Ihren Besuch vorbereitet. Ich will nichts mehr hören.“

„Sie werden mich anhören!“ sagte der Schauspieler drohend. „Ich habe ein Recht auf Katja, denn mir hat sie . . .!“

Willfried schloß ihm mit der Hand den Mund.

„Kein Wort weiter, Sie erbärmlicher, ehrloser Geselle! Oder ich prügele Sie mit der Reitpeitsche aus dem Hause.“

(Fortsetzung folgt).

Kampf um Rosenberg

Roman aus Oberschlesien von Johannes Holstein.

78. Fortsetzung. Kochbeutel verboten.

Sie sagte einen Entschluß.

Wollte es ihm sagen, wollte glauben, daß er ihr vergiehe und sie verstand.

Er war so gut und edel.

Sie konnte die Stunde kaum erwarten, als sie sich am Abend mit ihm traf.

Ihre Augen leuchteten auf, als sie der Geliebte umfaßte.

„Was fehlt dir, Kleines?“ fragte er innig.

„Nichts . . . nichts . . . nichts mehr, mein Geliebter! Aber sonst . . . du fehlst mir den ganzen Tag. Ich sitze auf unserer Veranda und sehe nach Südwesten . . . wo du weilst. Wünsche so oft, daß du plötzlich zu mir kämest, und weiß doch . . . die Pflicht bindet dich fest.“

Er nahm ihre beiden Hände und küßte sie.

„Katja!“ sagte er ernst. „Es ist möglich, daß wir uns einige Zeit trennen müssen!“

Sie sah ihn angstvoll an und schrie leidenschaftlich, ihn mit ihren Armen umschlingend:

„Rein! Rein! Nicht Geliebter! Laß deine Katja nicht allein!“

„Ich will es nicht! Nicht einen Tag möchte ich fern von dir sein . . . aber . . . das Schicksal greift manchmal dazwischen!“

Katja fühlte, wie ihre Knie zitterten.

Wollte Willfried sie verlassen? War Patajki bei ihm gewesen?

„Der Kriminalkommissar glaubt, daß ich zum Zwecke des Versicherungsbetruges das Feuer zusammen mit Schaffranz angebrannt habe.“

„Was sagst du?“

Da wiederholte er seine Worte.

„Wie ist das möglich . . .?“ fragte das Mädchen entsetzt.

„Das ist möglich, Liebste, weil ein Mensch den Kriminalisten aufhebt. Ich habe einen unverföhnlichen Feind . . . du kennst ihn auch . . . den famosen Thomas Bruck.“

Katja wurde bleich . . . sie zitterte.

„Bruck!“

„Ja . . . euer Inspektor! Weißt du, Liebste, ich habe nie begriffen, daß ihn ausgerechnet dein Vater engagierte.“

„Es . . . sollte keine Unfreundlichkeit gegen dich sein . . . Vater ist so für ihn eingenommen.“

„Weißt du, daß er versuchte, mich und Schaffranz zum Erntefest zu beschimpfen? . . . Ich werde deinen Vater bitten, daß er ihn entläßt.“

Sie sah ihn verflört an und nickte.

Dann weinte sie plötzlich auf. Ihr Körper zitterte unter der Wucht des Gefühlsausbruchs.

„Liebe kleine Katja!“ hat er erschrocken.

Sie weinte hemmungslos.

Unter Tränen stieß sie hervor: „Ich . . . ich liebe dich so . . . du mein Geliebter! Ich will nichts, als an deiner Seite gehen! Aber ich . . . ich habe so Angst vor dem Kommenden . . . so entsetzliche Angst! Ich möchte immer bei dir bleiben! Nimm mich mit zu dir . . . ich bitte dich . . . ich sorge mich so!“

„Habe nur ein klein wenig Geduld!“ hat er. „Bald sind wir vereint . . . und sorge dich nicht! Uns trennt nichts! Hörst du . . .? Nichts, Katja! Ich glaube an deine Liebe wie an meinen Gott!“

Sie nickte ihm unter Tränen zu. So rührend war das schöne Antlitz, daß er erschütterter stand.

Wie gewaltig ist die Liebe! So dachte er. Sie formt einen Menschen um, gestaltet ihn so ganz anders! Was ist von der Katja von einst übrig geblieben? . . . nichts, nichts . . . Unfassbar ist ihm, daß sie einst auf der Bühne die Rollen der großen Verführerinnen darstellte.

Sie ist nichts mehr als ein liebender, stehender Mensch.

Er gab ihr noch ein Stück das Geleit, half ihr aufs Pferd und sah ihr lange nach, bis sie in der Dämmerung

Beginn der Berliner Stillhaltekonferenz

Berlin, 5. Febr. Die Konferenz der Stillhaltegläubiger ist am Montag vormittag in der Reichshalle eröffnet worden. Die Teilnahme an dieser Konferenz erstreckt sich mit Ausnahme von Dänemark auf 16 Länder, die das Stillhalteabkommen unterzeichnet haben. Es handelt sich bei den ausländischen Vertretern um die schon in den regelmäßigen Stillhaltekonferenzen anwesenden Persönlichkeiten Die amerikanische Abordnung führt F. Abbot Goodhue und die englische Firma Frank C. Tarts, während die Franzosen unter Führung von Belag stehen. Deutscherseits nehmen an den Verhandlungen wiederum Dr. Otto Feidels (Berliner Handelsgesellschaft), Schlieper (DD-Bank) und Dr. Sempel vom Reichsstand der deutschen Industrie teil. Der englische Vertreter Frank C. Tarts ist zum Vorsitzenden der Konferenz gewählt worden.

Allemannen und Schwaben auf der „Grünen Woche“

Berlin, 5. Febr. Wieder waren die weiten Räume der Halle 4 der Ausstellungshallen am Kaiserdamm, die zur Zeit die Grüne Woche beherbergen, bis zum letzten Platz von einer vieltausendköpfigen Menge besetzt. Abends verankert hier der Reichsbund für Volkstum und Heimat im Rahmen der Ausstellungsländliche Trachtengruppe. Der Sonntagabend war den Allemannen, Schwaben und Elbsiedlungen gewidmet. Unter Vorantritt einer SA-Kapelle zogen pünktlich zur festgesetzten Zeit die Trachtengruppen der Schwaben, Badener und Elbsiedler unter dem Tadel der Zuschauer in den Saal und nahmen unter ihren Fahnen Aufstellung. In buntem Wechsel folgten ländliche Tänze, Gruppenübungen von Heimatliedern, Vorträge zur Laute, und Rezitationen in heimischer Mundart. Den besonderen Beifall holten sich die Schwaben mit dem Lied „Auf der schwäbischen Eisenbahn“, das die Berliner sehr gut verstanden. Zum Schluß des Abends tanzten Badener und Württemberger, Allemannen und Schwaben einige Tänze zusammen und zeigten hier, daß diese Volksstämme wirklich zusammengehören. Dem Abend gab eine besondere Weihe das Erscheinen einer Anzahl von Ehrengästen, unter ihnen Reichsinnenminister Dr. Fric und Reichsbauernführer Walter Darre.

General von Horn †

Berlin, 5. Febr. General der Artillerie a. D. von Horn ist am Sonntagabend nach kurzer Krankheit an den Folgen einer Operation gestorben.

Er führte als Nachfolger des Generaloberst von Heeringen seit November 1926 bis vor wenigen Tagen den Deutschen Reichskriegerbund Kyffhäuser. Er war als Sohn des Generalmajors von Horn 1866 in Niederbiederitz, Kreis Grottkau in Schlesien, geboren. Besuchte die Kadettenanstalten und trat als Leutnant in das Feldartillerieregiment Nr. 3 ein. Nach dem Besuch der Kriegsakademie wurde er zum Generalstab kommandiert. 1913 wurde er Kommandeur des Feldartillerieregiments Nr. 18, 1915 Kommandeur der 56. Feldartilleriebrigade, 1917 Generalmajor und 1918 Kommandeur der 193. Infanteriedivision. Nach Beendigung des Krieges führte er im Grenzschutz die Feldartilleriebrigade 5, wurde im gleichen Jahre Reichswehrartillerieführer. Nachdem er nach verschiedenen Kommandos Befehlshaber im Wehrkreis 3 Berlin geworden war, nahm er 1928 den Abschied.

Als Präsident des Kyffhäuserbundes hat General von Horn es verstanden, die 3 Millionen ehemaligen Soldaten durch die Kämpfe und Wirnisse der vergangenen Jahre zu einer festen Einheit zu verbinden und sie dem Volkskanzler des neuen Deutschland zuzuführen.

Lawinenkatastrophe in den Apenninen

Paris, 5. Febr. Aus Rom wird gemeldet, daß in den Apenninen in der Gegend von Ancona eine gewaltige Lawine niedergesunken ist. Mehrere Dörfer sollen unter den niederstürzenden Schnee- und Erdmassen schwer gelitten haben. Tausende wurden zur ersten Hilfeleistung entfangen. Der kleine Weiler Monte Robbiano soll fast vollständig verschüttet sein. Bisher zählt man 8 Tote und 10 Verletzte.

Rom, 5. Febr. Auch aus anderen Orten der Apenninen werden Lawinenunfälle und Erdstöße gemeldet. Ueber das Lawinenunglück von Bologna in den Apenninen liegen von amtlicher Seite noch keine Angaben vor. Offensichtlich handelt es sich um die Verschüttung mehrerer Häuser des kleinen Bergortes Bologna, der ein beliebter Winterort ist. Daß über das Ausmaß der jetzigen Katastrophe bisher keine sicheren Nachrichten zu erhalten sind, erklärt sich aus der Unterbrechung sämtlicher Verbindungen in den märkischen Apenninen. Die erste Meldung von dem Lawinenunglück in Bologna brachte ein junger Skiläufer nach Camerino, wohin er sich in zwölfstündigem Kampf gegen den Schneesturm durchgeschlagen hatte. Noch in der Nacht zum Sonntag brachen auf Anordnung der Behörden Militärpolizei, Polizeiodaten und Studenten zur Hilfeleistung auf. Sie mußten aber etwa 25 Kilometer vor dem Ort Halt machen, weil sämtliche Straßen durch den Schneefall unpassierbar geworden waren.

Letzte Nachrichten

Eine halbe Milliarde für Doffa-Darlehen

Berlin, 5. Febr. Nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums hat die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Doffa) aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm vom 1. Juni 1933 in den letzten Wochen weitere Darlehen im Betrag von 35 Millionen RM bewilligt. Hieron entfallen 10 Millionen RM auf Straßenbauten in den Provinzen Hannover, Westfalen, Sachsen, Schlesien, Brandenburg, der Rheinprovinz und den Ländern Bayern, Hessen und Thüringen. Ferner wurde der Stadt Berlin für die gleichen Zwecke ein Darlehen von 340 000 RM zur Verfügung gestellt. Insgesamt sind nunmehr im Arbeitsbeschaffungsprogramm vom 1. Juni 1933 von der Doffa Darlehenszusagen von über 500 Millionen RM erteilt.

Zwei Pferdebestritten im Bessarabien im Eis eingebrochen

Bukarest, 5. Febr. Zwei mit 6 Personen besetzte Schlitten sind bei der Überquerung des zugefrorenen Ceaga-Flusses (Bessarabien) eingebrochen. Alle Insassen erlitten in den Wellen den Tod. Im ersten Schlitten befanden sich zwei Schwestern mit ihren Männern. Eine der beiden Frauen hatte ihr sechsten im benachbarten Bessarabien getauftes Kind im Arm. Im zweiten Schlitten lag der Vater der beiden Frauen. Als der erste Schlitten den Fluß überquerte, brach das Eis. Menschen, Pferde und Schlitten gingen unter. Die Mutter hatte die Geistesgegenwart, ihr im Pelz gewickeltes Kind auf das nicht gebrochene Eis zu werfen, wo es unversehrt liegen blieb. Der Großvater versuchte das Kind zu retten, doch brach das Eis in dem Augenblick, als er das Kind in seine Arme nahm. Beide versanken unter den Eisschollen. Die Leichen konnten bis jetzt noch nicht geborgen werden.

Verlängerung der Kündigungsfristen im Ruhrbergbau

Essen, 4. Febr. Die Zechen des Ruhrbergbaues haben dem General der Betriebsverbundenheit dadurch sichtbar Ausdruck zu geben beschlossen, daß mit sofortiger Wirkung die für die Arbeiter bestehende Kündigungsfrist erweitert werden. Die Erweiterung soll so erfolgen, daß für Arbeiter, die nach Eintritt der Volljährigkeit 5 Jahre bei der gleichen Gesellschaft im Arbeitsverhältnis gestanden haben, die für die Lösung des Arbeitsverhältnisses festgelegte halbjährige Frist auf einen Monat verlängert ist.

Die Reichstagsrede des Führers wird im Rundfunk wiederholt

Berlin, 5. Febr. Die Reichstagsrede des Führers wird vom Deutschlandsender am 9. Februar in der Zeit von 20.10 bis 22.05 Uhr von Wachs wiederholt und vom bayerischen Rundfunk übernommen.

„Ein Jahr Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung“

Berlin, 5. Febr. Im Rahmen der Vorträge des „Reichsbundes für deutsche Sicherheit“ spricht am Dienstag zwischen 20.10 und 20.20 Uhr der Präsident des Reichsbundes, Major a. D. Weberstedt, über das Thema „Ein Jahr Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung“. Der Vortrag geht über alle deutschen Sender.

Abwehr einer merkwürdigen schwedischen Maßnahme

Berlin, 5. Febr. Die schwedische Regierung hat vor einiger Zeit einen deutschen Pressevertreter ausgewiesen und eine Angabe von Gründen hierfür verweigert. Damit hat sich die schwedische Regierung offensichtlich ins Unrecht gesetzt. Nunmehr hat sich die Reichsregierung entschlossen, die Aufenthaltserlaubnis eines schwedischen Journalisten nicht zu verlängern.

Verrat militärischer Geheimnisse

Stuttgart, 5. Febr. In nichtöffentlicher Sitzung des Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart wurde am 27. Januar 1934 der 30jährige frühere Reichswehrsoldat und Fremdenlegationsrat Karl Friedrich Wagner aus Ansbach wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren acht Monaten, sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren verurteilt. Die Tat war schon im Jahre 1928 begangen.

Die Hohenzollernbahn bleibt im Schnee stecken

Hechingen, 5. Febr. Die Direktion der Hohenzollernischen Landesbahn AG. teilt mit: Am Samstag ist der Frühzug Gammertingen ab 7.11 Uhr, Kleingemingen ab 8 Uhr, zwischen Daidkapelle und Grohngstingen infolge starker Schneeverwehungen liegen geblieben. Nach erfolgtem Freimachen des Bahnkörpers konnte der Zug mit einer Stunde Verspätung seine Fahrt fortsetzen. In Kleingemingen wurde der Anschluss an den Reichsbahnzug in Richtung Reutlingen jedoch nicht mehr erreicht.

Lokales

Wildbad, 6. Februar 1934.

Familienabend des Schützenvereins. Am vergangenen Samstagabend versammelte sich die gesamte Schützengemeinde Wildbads in den gaslichten Räumen des Hotel Kühler Brunnen zu einigen Stunden fröhlichen Beisammenseins. Nach einem Eröffnungsmarsch des Orchesters und einem gemeinsam gesungenen Schützenlied hielt der Vereinsführer, Oberschützenmeister W. Frischke eine launige Begrüßungsansprache, wobei er die zahlreich herbeigeeilten Schützenbrüder und -Schwestern herzlich willkommen hieß, und ihnen einen vergnügten Abend wünschte, was das bunt zusammengestellte Programm von vornherein schon versprach. Bei Tanz, Gedichtvorträgen und Theaterstück kam schon bald die bei Schützenfränzchen übliche frohe Stimmung auf, die sich von Nummer zu Nummer steigerte. Besonders waren es die Einakter „Lufkurort Friedlingen“ und „Rasierstube“ und nicht zuletzt die Gedichtvorträge des K. K. Schützen Heiner und die besondere Attraktion „Windbeutelessen“. Als dann der Kappenverkauf einsetzte war ausgelassenste Feststimmung bei Scherz und Tanz bis in den späten Abend hinein. Der reichhaltige Gabentisch trug noch sein wesentliches Teil dazu bei, daß alles wunschlos glücklich und fröhlich war und die schönen Stunden bis zur Reize auskostete.

Württemberg

Änderung der Gemeindeordnung und Energiewirtschaft

Das Gesetz des Württ. Staatsministeriums über Änderungen der württ. Gemeindeordnung enthält neben dem schon früher mitgeteilten Inhalt eine Ergänzung des Art. 218 der Gemeindeordnung, der von den genehmigungspflichtigen Beschlüssen der Gemeinden handelt. Darnach bedürfen die Gemeinden in Zukunft zur Uebernahme einer für mehr als fünf Jahre einzugehenden Verbindlichkeit, ihre Straßen und Plätze für die Anlage von Leitungen, die dem Zweck der Energieerzeugung dienen, zur Verfügung zu stellen, der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Dasselbe gilt für Verträge über den Bezug von Energie und über die Pachtung oder Verpachtung von Elektrizitäts- und Gasanlagen, auch in diesen Fällen jedoch nur für Verträge, die für mehr als fünf Jahre abgeschlossen sind. Die Auswirkung solcher Vereinbarungen und Verträge auf die Gemeindefinanzen, insbesondere aber auch der Wille des neuen Staates, auf die Ordnung der Energiewirtschaft Einfluß zu nehmen und die Vorrechte mit Monopolstellung, die von den Gemeinden den Werken eingeräumt werden, nach einheitlichen Grundsätzen zu lenken, haben diese Bestimmung nötig gemacht. Sie findet nach Art. 308 der Gemeindeordnung auch auf die Zweckverbände, also insbesondere auf die Bezirks- und Gemeindevorstände, die sich mit Energieerzeugung befassen, Anwendung. Die Genehmigung wird nach Art. 218 Abs. 2 der Gemeindeordnung von der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung erteilt.

Freiendungebung der gesamten Beamtenschaft von Württemberg und Hohenzollern

Stuttgart, 5. Febr. Aus Beamtentreisen wird uns geschrieben: Durch das neugeschaffene „Amt für Beamte“, dessen oberster Leiter Hr. Koef in Berlin ist, ist die Verbindung der Beamtenschaft zur RSDAP hergestellt. Schon mehr als eine Million Beamte und Beamtinnen gehören bis heute der Beamtenschaftsorganisation des Reichsbundes der Deutschen Beamten an. In dieser

Organisation sind nicht nur die Beamten der einzelnen Verwaltungszweige (Reichsbahn, Reichspost, Reichssteuer usw.) vereinigt worden, sondern in ihr haben auch alle Beamte, ohne Rücksicht, welchen Dienst sie verrichten, Platz gefunden. Vom Minister bis herunter zum kleinsten Beamten haben sie alle nur ein Ziel: als ein Glied der Volksgemeinschaft dem Staate und damit dem Volke zu dienen, und am Wiederaufbau des Vaterlandes tatkräftig mitzuarbeiten. Am Sonntag, 11. Februar, vormittags 10 Uhr, wird die Beamtenschaft im Hof der Kotebüchlerstraße in Stuttgart in Einmütigkeit und Geschlossenheit zu einer Massenkundgebung unter dem Leitspruch „Treue dem Volk, dem Reich und dem Führer“ sich versammeln und dort ihren letzten Willen bekunden, ihre ganze Kraft für die Schaffung eines neuen Deutschlands der Ehre und der Freiheit einzusetzen. Die Werbetätigkeit für die Kundgebung ist in vollem Gange. Ueber 30 000 Beamte des Reichsbundes der Deutschen Beamten, des NS-Lehrerbundes, des NS-Juristenbundes und des Reichstreueverbands ehemaliger Berufssoldaten werden versammelt sein, um für die Idee unseres Führers Zeugnis abzulegen. Die Reichsbahndirektion Stuttgart hat durch erhebliche Fahrpreisermäßigung und Stellung von Sonderzügen ab Friedrichshafen, Ulm, Aalen, Tübingen, Waiblingen, Reutlingen, Heilbronn, Mühl- oder und Crailsheim ermöglicht, daß jeder Beamte, sofern er nicht dienstlich verhindert ist, an der Kundgebung teilnehmen kann. Für die Beförderung schwerverletzter Teilnehmer haben die RSDAP und die Oberpostdirektion Kraftwagen zur Verfügung gestellt. Die Kundgebung im Hof der Kotebüchlerstraße wird etwa bis 12 Uhr dauern. Anschließend wird die Weihe der Fahnen der einzelnen Kreise und Fachschaften durch den Beamtenschaftsleiter Koef vorgenommen werden. Die versammelten Beamten werden hierauf zu einem Marsch antreten, der durch die Königstraße zum Schlossplatz führt, wo der Herr Reichsstatthalter und Hr. Koef den Vorbeimarsch abnehmen werden.

Verhaftungen wegen Schlachtsteuerhinterziehung

Biberach, 5. Febr. Polizeidirektor Dreher-Ulm teilt mit: Die Politische Polizei, Außenpoststelle Ulm, hat in Biberach neun dort ansässige Metzgermeister in Schutzhaft genommen und die Betriebe vorläufig geschlossen wegen Hinterziehung der Schlachtsteuer und Umgehung des Fleischbeschaugesetzes. Durch die Hinterziehung der Schlachtsteuer wurde die Gemeinde Biberach aufs schwerste geschädigt, ferner durch die Umgehung der Fleischschau die Bevölkerung an Leben und Gesundheit schwer bedroht. Es mußten deshalb ohne Rücksicht auf Ansehen der Person strenge Maßnahmen ergriffen werden.

Aus Stuttgart

Stuttgart, 5. Febr. (Wettbewerbs.) Auf das von der Leitung der „Bauausstellung Stuttgart 1934“ im Dezember erlassene Preisauschreiben zur Erlangung von Entwürfen für die Bebauung des von Gemmingen-Geländes im „Vogelsang“ sind über 150 Entwürfe eingegangen. Die Entwürfe werden später in der König-Karl-Halle des Landesgewerbemuseums öffentlich ausgestellt werden.

Unterjagung. Der 52jährige verheiratete frühere Rechnungsrat Gottlieb Belz, der bei einer Berufsgenossenschaft in Stuttgart angestellt war, wurde vom Schöffengericht wegen Untreue, Unterschlagung und Anstiftung zu diesem Vergehen zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Der mitangeklagte Obersekretär P. J. erhielt 500 RM Geldstrafe.

Reichsjugendpfarrer Zahn kommt. Der Jugendpfarrer der deutschen evangelischen Kirche, Reichsjugendpfarrer Zahn, spricht am Mittwoch, 7. Februar, abends 8 Uhr in der Stadthalle zur gesamten Jugend und Gemeindeführer.

Todesfall. Im Alter von 62 Jahren ist in Kalkental Pfarrer a. D. Moriz Krauß gestorben. Er war über 20 Jahre lang Inspektor des Luther-Stifts in Stuttgart.

Bernhausen a. F., 5. Febr. (Scheuer abgebrannt.) Hier brach am Sonntag in der Scheuer von Fr. Schleich und Katharina Maas Witwe Feuer aus. Da die Scheuer bis unter Dach mit Borräten gefüllt war, fand das Feuer reiche Nahrung. Die Entstehungsurache des Brandes ist unbekannt.

Fellbach, 5. Febr. (Todesfall.) Am Sonntag starb der seit 1924 in unserer Stadt im Ruhestand lebende Stadtpfarrer Alfred Sauterich. Die Gemeinden Unterreichenbach, Weikersheim, Detishheim und Botnang, in denen er als Geistlicher wirkte, haben ihm alle ein dankbares Andenken bewahrt.

Nedarjulm, 5. Febr. (NSU. an zweiter Stelle.) Wie die amtliche Zulassungsstatistik für das Jahr 1933 zeigt, haben nach DAW (Auto-Union) die NSU-D. Kad Vereinte Fahrzeugwerke AG. Nedarjulm mit 6961 Neuzulassungen wieder die zweite Stelle im deutschen Motorradabatz bei einer Gesamtzulassung von 50 1008 Stück errungen. Daraus ergibt sich die bemerkenswerte Tatsache, daß die Erzeugnisse der württembergischen Industrie im Jahre 1933 eine Zulassungssteigerung von 69 Prozent gegenüber 1932 erreicht haben; im Fahrradabatz haben die NSU-D. Werke eine Steigerung von 164 Prozent zu verzeichnen. Die Gesamtbelegschaft konnte seit 1. Januar 1933 bis heute um 42 Prozent erhöht werden.

Heilbronn, 5. Febr. (Diamantene Hochzeit.) Am Montag feierten Heinrich und Luise Köpff das seltene Fest der diamantenen Hochzeit. Heinrich Köpff, trotz seinem hohen Alter von 88 Jahren, und seine Frau, geb. Krimmel aus Ebingen, im Alter von 81 Jahren, erfreuen sich bester Gesundheit. Aus dem württembergischen Bauernstand hervorgegangen, gründete Heinrich Köpff vor mehr als 50 Jahren die Gelatinefabrik in Göppingen. Trotz seines hohen Alters sieht man den Seniorchef des Hauses Köpff u. Söhne noch heute alle Tage in seine Fabrik fahren.

Fellbach, 5. Febr. (Unfall beim Winterport.) Am Samstag nachmittag verunglückte ein junger Mann namens Müller aus Fellbach beim Schlafen in dem Gewand „Brühwald“. Mit gebrochenem und stark geschwollenem Fuß wurde der Verletzte, der lange hilflos in dem kalten Ras lag, gefunden.

Ehlingen, 5. Febr. (Amtseinführung.) Unter lebhaftester Anteilnahme der ganzen evangelischen Gemeinde in Ehlingen wurde am Sonntag Defan Schlatter, der Sohn des bekannten Tübingen Theologen Professor v. Schlatter, durch Prälat Böhlinger-Ludwigsburg in sein neues Amt eingeleitet. Nach der feierlichen Verpfichtung sprachen Oberbürgermeister Dr. Klüber für die politische Gemeinde Ehlingen, Stadtpfarrer Kiefer für die Amtsbrüder, Waltermeyer Haug für den Kirchengemeinderat. Ergreifend waren die Worte, die der Vater, Professor D. Schlatter und der Schwiegervater, Verlagsbuchhändler Gundert-Stuttgart dem Sohn als Glück- und Segenswunsch auf den Weg gaben.

Wendelsheim, Oa. Kottenburg, 5. Febr. (Diamantene Hochzeit.) Altkulturrat Lukas Baur und seine Gattin konnten in diesen Tagen das Fest der diamantenen



Wird es kälter?
Dann jetzt schon Leokrem besorgen, damit die Haut nicht Schaden leidet!
Leokrem

